

Gegen soziale Unwürde

Kapitalismus und Globalisierung fördern Angst und Verunsicherung. Soziologe Robert Castel fordert Grundrechte und großzügige finanzielle Unterstützung in allen europäischen Ländern.

Heike Hausensteiner

„Man kann die Veränderungen der Globalisierung nicht mit einem Besen wegkehren.“ Der Sockel, auf dem einst die Solidarität zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen verankert war, sei mittlerweile „vom weltweiten Kapitalismus destabilisiert“ worden. Jetzt müsse man versuchen, „den wirtschaftlichen Fortschritt mit einem sozialen Fortschritt zu koordinieren“. Nach Ansicht des renommierten französischen Sozialwissenschaftlers Robert Castel (73) — er referierte auf Einladung des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien — sollte jeder Bürger eine Handvoll Grundrechte zur minimalen sozialen Absicherung bekommen. Beispielsweise ein Wohnrecht quasi als Menschenrecht oder das Recht, gesundheitlich versorgt zu werden. Und auch eine ordentliche finanzielle Grundabsicherung.

Veränderte Lohnarbeit

Er wolle weder einen inflationistischen Sozialstaat noch eine zu große Steuerbelastung. Aber ohne einen sozialen Mindeststandard werde die Gesellschaft zu existieren aufhören, warnt Castel. Er hat die „Veränderungen der Lohnarbeit“ und den „neuen Wohlfahrtsstaat“ untersucht und ist zum Schluss gekommen: Das Proletariat ist nicht verschwunden. Das Prinzip der Unterwerfung besteht weiter, ist aber seinerzeit durch ein starkes Sozialnetz kompensiert worden. Die Solidarität wurde zuallererst im Berufsleben umgesetzt. Freilich hat man in Zeiten der Vollbeschäftigung in Kontinentaleuropa die Sozialversicherungen aufgebaut. Diese ambitionierten Systeme funktionierten ziemlich gut — bis in die 70er Jahre. Inzwischen gibt es in Teilen Europas Massenarbeitslosigkeit, die prekären (unsicheren, unterbezahlten) Arbeitsverhältnisse nehmen zu, das soziale Netz wird immer großmaschiger.

Angst vor Arbeitsverlust

„Die Leute haben Arbeit – aber Angst, sie zu verlieren“, unterstreicht Castel. Viele üben eine unterbezahlte Beschäftigung aus, von der sie kaum leben können („working poor“). Doch mit dem

Verlust von Arbeit und Sicherheit büßen Menschen auch einen Teil ihrer Würde ein. „Das Marktprinzip geht auf Kosten der sozialen Solidarität.“ Die Betroffenen seien Beschäftigungs- oder Obdachlose oder Jugendliche ohne Perspektive. Sie werden letztlich zu „Ausgeschlossenen“ und „Überflüssigen“ in der Gesellschaft, wie sie der Soziologe nennt. Beschäftigte sollten ihre Rechte in einer Übergangsphase zwischen instabilem Arbeitsverhältnis und Arbeitslosigkeit wahren können. Die Flexibilität, die „die neue Herrschaft des Kapitalismus“ fordere, sollte denn auch für die Allgemeinleistungen gelten, meint Castel.

Vom Norden lernen

Von den nordischen Ländern könnten die europäischen Länder viel lernen. Etwa Schweden hat bisher eine Arbeitslosenhilfe auf höherem Niveau angeboten. Diese unterstützt die Betroffenen nicht nur finanziell, sondern ermöglicht ihnen auch Weiterbildung für den veränderten Arbeitsmarkt.

„Ich weiß schon, man kann ein Modell nicht einfach technisch übernehmen. Aber das wäre ein Anstoß, um ein soziales Europa aufzubauen.“ Das Dilemma dabei: Nationalstaatliche Maßnahmen bestimmen nach wie vor die Sozialpolitik. Das müsse man überdenken und einen „transnationalen Rahmen“ schaffen, so Castel. Schließlich seien auch die Wirtschaften der Länder voneinander abhängig. Die europäischen Länder sollten in den Bereichen zusammenarbeiten, wo sie einander ähnlich sind.

Welche Rolle haben dabei die Gewerkschaften zu übernehmen? „Sie müssten die sozialen Rechte garantieren. Aber das Problem ist: Sie sind zu schwach und verwenden die meiste Energie damit, sich gegenseitig zu bekämpfen“, sagt Robert Castel im Interview. „Weltweit gehören außerdem nur zehn Prozent einer Gewerkschaft an.“ Im Vergleich: In Schweden oder Dänemark liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei 80 Prozent.

„Solidarität“, Dezember 2006